

ser Ziele ist die Sammlung von 1 Million Unterschriften gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen.

Eine Stärke der entstehenden Volksbewegung gegen die atomare Bedrohung liegt in der Vielfalt, mit der auf unterschiedlichen Ebenen die ruhige Aufforderung zur Sachdiskussion vorgetragen wird. Eine andere Stärke liegt darin, daß Arbeiter und Intellektuelle, Christen und Marxisten, sich zusammenfinden, ohne die Aufgabe eigener Grundüberzeugungen, aber auch ohne „Abgrenzungsneurosen“, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen: Der NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 muß zurückgenommen werden, die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen dürfen nicht stationiert werden.

Das Ziel ist erreichbar!

Reagans „amerikanischer Traum“ – ein Alptraum für Europa

Von Rudolf Hickel

Das Wirtschaftsprogramm, das Ronald Reagan am 18. Februar dieses Jahres unter dem Titel „Amerikas Neubeginn: Ein Programm für die wirtschaftliche Gesundung“ vorgelegt hat, berührt mit seinem trockenen Zahlenwerk nur – wie der Leitartikler in der „Wirtschaftswoche“ (20. 2. 1981) zu Recht feststellen mußte – die „Oberfläche des Ereignisses“¹⁾. Dieser aggressive „Feldzug“ – so heißt es weiter in diesem Leitartikel – „für wirtschaftliche und militärische Aufrüstung“ stürzt „die amerikanische Nation in ihr größtes Abenteuer seit Vietnam“; es setzt aber weit darüber hinaus bedrohliche Signale in Richtung einer politischen und militärischen Verschärfung weltweiter Spannungen. Hinter dem bloßen Zahlengerippe, das der Öffentlichkeit durch eine geschickt inszenierte, Hollywood-Theatralik in nichts nachstehende Präsentation über das Fernsehen angekündigt und dann als Sanierungsprogramm den beiden Häusern des amerikanischen Kongresses vorgelegt wurde, verbirgt sich die bedrohlich aggressive Ankündigung neubelebten „amerikanischen Größenwahns“ – so immer noch der Leitartikler in der offensichtlich irritierten konservativen „Wirtschaftswoche“. Dieses Credo – darin liegt seine eigentliche Gefährlichkeit – stellt eine Mischung aus diffuser Beschwörung des „Mythos vom Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ ohne Rücksichtnahme auf den historischen Stand gewachsener, nationaler und internationaler Abkom-

1) St. Baron, Voodoo in Washington; in: „Wirtschaftswoche“ Nr. 9, 35. Jhg., 1981, S. 3.

men zur Zusammenarbeit, inquisitorischem Antisozialismus, der schon in leistungsfähigsten Ansätzen staatlicher Politik gegen Inflation und Arbeitslosigkeit sozialistische Experimente entdeckt, und blindem Antikommunismus dar.

Eine „aggressive, neue Rechte“, wie Ralf Dahrendorf die Vertreter dieses „Kreuzzugs“ für kapitalistische Erneuerung nach innen und Expansion nach außen in einem alarmierenden Artikel über die Versuche ihrer weltweiten Organisierung in der Wochenzeitung „Die Zeit“ charakterisierte, hat Washington erobert²⁾. Amerikanische Innen- und Außenpolitik versteht sich nicht mehr im Kontext bisheriger Entwicklungen; sie will – so Ronald Reagan in seiner Fernsehansprache – Bruch mit dem Bisherigen und „Neuorientierung“ am immer wieder beschworenen „Wendepunkt“³⁾.

Was ist neu am Reagan-Kurs?

Der Machtantritt der Reagan-Administration bringt veränderte programmatische Vorstellungen zur inneren und äußeren Entwicklung der USA auf den Punkt. Hier wird der „amerikanische Traum“ („american dream“), jene in die Vorstellung einer friedfertigen, aber tatkräftigen Aneignung brachliegender Natur eingehüllte Nacherzählung faktisch gewaltvoller und blutiger Eroberung dieses Kontinents neu, jetzt wieder weltweit geträumt. Bereits ein erster Blick auf die Aussagen, aber auch die politischen Aktivitäten der Reagan-Administration zeigt die doppelte Ausrichtung dieser Politik: Nach innen geht es um eine marktradikale Neuordnung amerikanischer Gesellschafts- und Wirtschaftsverhältnisse. Außenpolitisch offenbart sich dieser Reagan-Kurs als ein unverhohlener Feldzug, der propagandistisch im Namen der sog. Freien Welt geführt wird, der aber politisch und militärisch auf die Rückgewinnung bzw. den Ausbau der Vormachtstellung der USA zu Lasten einer gewachsenen, bereits in Verträge geronnenen Politik der Entspannung, des Ausgleichs und internationaler Stabilität – insbesondere in Europa – hinausläuft. Dieser imperiale Anspruch der Reagan-Administration zielt auf die (Re-)Etablierung eines in Nibelungentreue neu zu schmiedenden Abhängigkeitsverhältnisses der westlichen Bündnisstaaten von den USA, um darüber deren eigene, durch politische Interessen an der Entspannung bestimmte Wege abzublocken. Die neue Runde menscheitsbedrohender Aufrüstungspolitik, die die USA vor allem gegenüber den europäischen Staaten im NATO-Bündnis durchzusetzen versuchen, ist bestes Beispiel einer Hegemonialpolitik, die die Territorien der Bündnispartner zum Vor- bzw. Hinterland militärischer Strategien der USA degradiert.

Ein weiteres Charakteristikum dieser neu aufgelegten und forcierten amerikanischen Missionspolitik ist aber auch darin zu sehen, daß sie nur noch unter strategisch-militärischen Gesichtspunkten ihr Verhältnis zu diktatorischen, antidemokratischen Regimen und Militärjunkten, die ja gerade eine eigen-

2) R. Dahrendorf, Freie Welt in Gefahr?, in: „Die Zeit“ v. 9. 1. 1981, S. 29.

3) Fernsehansprache Präsident Reagans zur Wirtschaftspolitik der USA; in: Amerika Dienst-Dokumentation, 11. 2. 1981, sowie Ansprache vor dem Kongreß; in: Amerika Dienst-Dokumentation, 19. 2. 1981.

ständige, durch den Willen der Bevölkerung bestimmte gesellschaftliche Gestaltung gewaltvoll unterdrücken, definiert.

Die ersten außenpolitischen Entscheidungen der neuen amerikanischen Regierung, die sicherlich nur die Spitze eines Eisbergs ausmachen, zeigen die unter militärischen Gesichtspunkten stehende Politikwende überaus deutlich: (a) Die USA stabilisiert durch Wiederaufnahme der Subventionierung von Exporten nach Chile sowie Einladungen zur Teilnahme an interamerikanischen Flottenmanövern die dortige Militärjunta. (b) Durch Blitzreisen zu den europäischen NATO-Verbündeten, aber auch durch eine weltweite antikommunistische Propagandawelle wird die militärische und finanzielle Unterstützung der diktatorischen Regierung in El Salvador gerechtfertigt. (c) Bereits bei seiner Anhörung vor dem zuständigen Senatsausschuß hat der neue Außenminister, Alexander Haig, auf großzügige Wirtschaftshilfe für die Generäle der Militärjunta in der Türkei hingewiesen.

Dieses außenpolitisch-militärische Prinzip der Sicherung amerikanischer Vormachtstellung ist mit einer ökonomischen Heilslehre verwoben, die die Richtschnur für die Neuordnung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Strukturen im durch die USA dominierten Block abgeben soll. Gemeint sind die Rezepte einer marktradikalen Erneuerungsbewegung, die zwar lange ideologisch vorbereitet wurden, aber erst in Reagans „Programm für die wirtschaftliche Wiedergesundung“ politikrelevanten Niederschlag gefunden haben. Der imperialen Expansions- und Abgrenzungsstrategie nach außen steht eine orthodoxe Kapitalismuserneuerung nach innen gegenüber.

Kapitalismuserneuerung nach innen

Die Therapie der wirtschaftlichen Erneuerung, die einen wesentlichen Pfeiler des Reagan-Programms darstellt, weist Züge auf, die aus der Diskussion marktradikaler Konzepte bekannt sind. Am Anfang steht eine paradoxe Ursachenerklärung. Die Ursachen für – so Reagan in der eingangs schon angesprochenen Fernsehinszenierung – „die schlimmste wirtschaftliche Klemme seit der großen Depression“, die sich in ökonomischer Wachstumsschwäche, Anstieg der Inflationsraten und hoher Arbeitslosigkeit ausdrückt, lägen nicht in einem Zuviel an Markt, sondern in einem Übermaß an wohlfahrtsstaatlichem Interventionsismus begründet. Ein Netz bürokratischer Regulierung habe die privatwirtschaftliche Initiative so eingeengt, daß wirtschaftliche Wachstums- und Innovationsdynamik in erheblichem Ausmaß bedroht seien. In monomanner, den Ideologen der radikalen Marktorthodoxie folgender Einfältigkeit, werden die Politiken, die sich vor allem auf das Abfangen und Ausbalancieren sozial-ökonomischer Folgeprobleme monopolisierter Unternehmenswirtschaft beziehen, in *Ursachen* für die wirtschaftliche Krisenentwicklung umgemünzt.

Aus diesem neokonservativen Krisenszenario folgt zwangsläufig die Strategie einer politisch durchzusetzenden Freisetzung der „selbstheilenden Kräfte des Marktes“ – so der Originalton des Wirtschaftsprogramms – von staatlichen

Interventionen im weitesten Sinne. Das Zauberwort heißt „Deregulation“, d.h. Abbau sozialstaatlicher Eingriffe zugunsten kapitalorientierter „Selbstregulierung“. Instrumentell gesprochen wird eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik („supply-side-economics“), die das „amerikanische Grundideal“ vom „freien Spiel der Kräfte“ wieder ermöglichen soll, gefordert. Im Klartext geht es damit um die Durchsetzung eines massiven Umverteilungsprozesses der öffentlichen Haushalte zugunsten privatwirtschaftlicher Gewinnstabilisierung. Steuerentlastungen, die vor allem die hohen Einkommensschichten und Unternehmensgewinne begünstigen, stehen radikale Kürzungen im Wohlfahrtshaushalt gegenüber. Solche Maßnahmen auf der Ausgabenseite sind etwa: Ausgabensenkungen in 83 Sozialprogrammen, Kürzung der Zahlungsdauer von Arbeitslosengeld, Entlassungen im öffentlichen Dienst (ca. 300 000 Beschäftigte), Senkung der Anspruchsgrenze bei Lebensmittelkarten (von 14 000 auf 11 000 Dollar Jahreseinkommen; damit fallen 400 000 Familien aus der Unterstützung heraus), 600 000 Studentenstipendien werden gestrichen, die Schulspeisung um 1,6 Mrd Dollar weniger subventioniert, 45 Erziehungsprogramme (vor allem für Sozialbehinderte, Analphabeten, Behinderte) werden zurückgenommen. Diesem Abschied von der wohlfahrtsstaatlichen Ausrichtung amerikanischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die im Anschluß an den „New Deal“ im Gefolge der Weltwirtschaftskrise 1929/1932 vor allem die Kennedy- und Johnson-Administration (etwa „großes Armutsprogramm“) mit Blick auf einen breiteren gesellschaftlichen Konsens propagiert hatten, steht eine radikale Steuersenkungspolitik gegenüber. Innerhalb der nächsten drei Jahre ist die Reduzierung der Einkommenssteuer um 10% pro Jahr ab 1. Juli 1981, also insgesamt um 30%, vorgesehen.

Von diesen prozentualen Einkommenssteuersenkungen gehen, darauf haben die Gewerkschaften und demokratische Senatoren hingewiesen, sozial völlig unakzeptable Wirkungen aus, denn je höher die zu besteuernenden Einkommen ausfallen, um so höher sind dann die absoluten Entlastungseffekte. Weiterhin ist eine für Unternehmungen bedeutsame Senkung der Kapitalertragsteuern in den nächsten 3 Jahren vorgesehen. Durch Abschreibungsentlastungen soll die privatwirtschaftliche Kapitalbildung verbessert werden.

Die Rezeptur zur „wirtschaftlichen Wiedergesundung“, die Ronald Reagan den USA verschrieben hat, lebt von der Hoffnung, daß die Stärkung privatwirtschaftlicher Gewinne die Wirtschaft wieder auf einen vollbeschäftigungskonformen und inflationsfreien Wachstumspfad zurückführen kann. An der ökonomischen Logik, die hinter diesem marktradikalen Konzept angebotsorientierter Wirtschaftspolitik steht, gibt es nicht nur theoretische, sondern auch empirisch-praktische Kritik, die an dieser Stelle nicht ausgeführt werden kann. Nur so viel: Wo soll auf der Basis dieser von Staats wegen durchgesetzten Umverteilung zugunsten privatwirtschaftlicher Gewinne die gesamtwirtschaftliche Nachfrage herkommen, wenn sich der Staat aus öffentlichen Ausgabenprogrammen zurückzieht und sich das Massenelend vergrößert? Soll so etwa die amerikanische Autokratie bewältigbar sein?

Diesen Rückfall in eine voraufklärerische Ökonomik, die durch den der Weltwirtschaftskrise folgenden „New Deal“ überwunden zu sein schien, hat Karl-Georg Zinn unlängst als einen „paläoliberalen Exorzismus“ bezeichnet, d. h., es wird danach der Versuch unternommen, mit marktwirtschaftlichen Instrumenten und Beschwörungsformeln der Marktwirtschaft den ihr innewohnenden Teufel auszutreiben⁴⁾.

Praktische Anhaltspunkte für die ökonomische Erfolglosigkeit dieser Politik der Kapitalismussanierung liegen zwischenzeitlich vor. Der „große Kreuzzug“ („great crusade“), den Margaret Thatcher – in völliger Verdrehung der Interdependenzen zwischen krisenanfälliger Wirtschaft und kompensierendem Staat – gegen den „ausbeutenden Staat“ („exploiting state“) in England seit Ende der 70er Jahre gestartet hat, konnte die Krisenprobleme nicht mildern, sondern nur verschärfen: die Arbeitslosigkeit steigt exorbitant (momentan bei 2,46 Millionen); das wirtschaftliche Wachstum ist 1980 um 3% real gesunken – ein Wert der letztmalig während der „Großen Depression“ erzielt wurde. Die nüchterne Analyse, die das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“ (DIW) unter dem Titel „Wirtschaftspolitische Neuorientierung hat die Wirtschaftslage in Großbritannien verschlechtert“ vorgelegt hat, gibt Auskunft über die Wirkungen einer Politik, die nach streng monetaristischer Rezeptur die Krise mit noch größer werdender Krise bekämpft⁵⁾.

Schon diese wenigen Hinweise machen deutlich, daß das wirtschaftspolitische „Wiedergesundungsprogramm“ bereits im engeren, ökonomischen Sinne konterproduktiv wirken muß. Es steht zu erwarten, daß der von Staats wegen durchzusetzende massive Umverteilungsprozeß zugunsten privatwirtschaftlicher Gewinne und zu Lasten der Lebensverhältnisse unterer Einkommensbezieher auf soziale und ökonomische Proteste und Widerstände stoßen muß. Wenn aber dann noch diese Politik der Rücknahme des Wohlfahrtsstaates mit ökonomischer Erfolglosigkeit verbunden ist, d. h. die Wiederherstellung von Wachstum-, Geldwert- und Beschäftigungsstabilität nicht gelingt, werden die sozial-ökonomischen Auseinandersetzungen zwangsläufig zunehmen. Erst in dieser Situation entlarvt sich der politische Kerngehalt des Reagan-Kurses.

Transformation vom Welfare- zum Warfare-State

Wie sich die Reagan-Administration verhalten wird, wenn ihr gegen den „Welfare-State“ (Wohlfahrtsstaat) gerichtetes Programm nicht aufgeht und das Potential sozial-ökonomischer Widersprüche zwangsläufig zunimmt, darüber läßt sich momentan nicht nur spekulieren, denn die angekündigte Politik bietet hierzu bereits einige handfeste Orientierungen. Die oberflächlich populistische Forderung nach radikaler „Entstaatlichung“ ökonomischer Prozesse offenbart nur die eine Seite der Medaille. Dem verordneten Rückzug

4) K. G. Zinn, Der sozialstaatliche Interventionismus steht zur Disposition; in: Wirtschaftsdienst, 1981 (I), S. 10.

5) DIW, Wirtschaftspolitische Neuorientierung hat die Wirtschaftslage in Großbritannien verschlechtert; in: Wochenbericht, 32/1980, S. 339ff.

des Staates aus der wohlfahrtsorientierten Politik zugunsten einer privatwirtschaftlichen Gewinnpflege steht jetzt schon eine Ausweitung von „Law-and-Order“-Maßnahmen gegenüber. Dem Abbau des „Welfare State“ entspricht der Ausbau des „Warfare State“ (in guter Eindeutigkeit des „wehrhaften Staates“). Erste genauere Analysen der neuen Zentralbudgetplanungen zeigen einen ungestörten Anstieg der Staatsausgaben für Maßnahmen zur Herstellung und Garantierung „innerer Sicherheit“. Soweit sich über die „moralische Aufrüstung“ die Einsicht in die Notwendigkeit einer „Politik der Wende“ nicht vermitteln läßt und politische sowie gewerkschaftliche Widerstände manifest werden, stehen natürlich Polizei- und Justiz-Apparate zur gewaltvollen Durchsetzung „wirtschaftlicher Aufrüstung“ zur Verfügung. Die Strategie der „Befreiung“ der Ökonomie von sozialorientierter staatlicher Regulierung hat ordnungspolitisch den starken, rahmensichernden Markt- und Machtstaat zum Pendant. Politische Freiheiten finden dort ihre Schranken, wo sie den Spielraum von Kapitalstrategien beschränken.

Die Reagan-Politik steht mithin vor dem Problem, aufgrund einer Restabilisierung kapitalorientierter Interessen und Herrschaftsverhältnisse den gesamtgesellschaftlichen Konsens unter dadurch veränderten Bedingungen anders herstellen zu müssen. Die Verstärkung konkurrenzwirtschaftlicher Elemente, die die individuell kaum zu bewältigenden Risiken erhöhen, steigert die Schwierigkeiten nicht-marktregulierter Bereiche von Politik und Gesellschaft. Hierin schlummert ein Teil der Gefahr einer über die Vermarktung der sozial-ökonomischen Lebensverhältnisse vermittelten Erhöhung individueller und gesellschaftlicher Aggressivität. Mangelnde sozialstaatliche Leistungen, Folge des Programms marktradikaler „Erneuerung“, erhöhen das Loyalitätsproblem der durch Entzug betroffenen Bevölkerungsschichten. Hieraus ergibt sich ein weiterer Grund für steigende Aggressivitätspotentiale. Dieses Wechselspiel zwischen steigender Aggressivität und repressiver Ordnungspolitik gegen unterschiedlichste Formen latenten und manifesten Widerstands wird die innenpolitische Entwicklung der USA dann maßgeblich bestimmen, wenn die ökonomische Doktrin Reagans durchgesetzt werden wird. Zum Teil ist jetzt schon der Versuch erkennbar, die durch expansionistische Ausdehnung von Konkurrenzstrukturen auf alle Lebensverhältnisse steigende Aggressivität durch die massive Pflege von „Feindbildern“ zu kanalisieren. Das Wiederaufleben eines forcierten Antikommunismus ist auf inneramerikanische Verhältnisse ebenso wie auf die Durchsetzung einer neuen Expansionsstrategie ausgerichtet. Die ideologische Abgrenzung nach innen, die bereits in wohlfahrtsstaatlicher Politik „sozialistischen Unrat“ wittert, setzt sich in der Außenpolitik unmittelbar fort. Bei der Vorlage des Kürzungsprogramms gegenüber dem Sozialhaushalt hat Ronald Reagan pathetisch festgestellt: „Es ist meine Pflicht, eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben vorzuschlagen“. In den nächsten 18 Monaten sollen die Rüstungsausgaben in den USA gegenüber dem bisherigen Ansatz um 32,6 Mrd. Dollar erhöht werden. Nach 1982 ist für die folgenden fünf Jahre eine Erhöhung gegenüber dem bisherigen Ansatz in Höhe von ca. 200 Mrd. Dollar geplant.

Gleichzeitig wird die caritative Auslandshilfe (etwa Lebensmittellieferungen in arme Länder) um 26% gekürzt.

Disziplinierung nach innen und militärisch abgesicherte Expansion wirtschaftlicher und politischer US-Interessen nach außen kennzeichnen die Politik. Die Reagan-Botschaft zeigt den engen Zusammenhang von Politik und Ökonomie.

Die ökonomische „Erneuerung“, auf inner- und außeramerikanische Gesellschaftsverhältnisse eingestellt, steigert internationale Spannungen. So wie „Law-and-Order“-Politik die inneramerikanische Kapitalismussanierung flankiert, schlägt die marktradikale Expansionsstrategie auf eine erhöhte Bereitschaft zur militärischen Regulierung von Konflikten durch. Der über die Marktideologie wiederbelebte, „amerikanische Größenwahn“ findet in der Außenpolitik, die vor allem Militärpolitik ist, seine internationale Dimension. Genau in diesem Zusammenhang ist erkennbar, daß das Wirtschaftsprogramm nicht nur ein auf inneramerikanische Verhältnisse ausgerichtetes Zahlenwerk ist. Dahinter verbirgt sich eine neue aggressive Strategie, die schrittmacherhaft die internationalen Spannungen erhöht.

Ideologische Hintergründe des Reagan-Programms

Der Durchbruch der Reagan-Linie erfolgte vor dem Hintergrund der Herausbildung einer neuen Rechten“ von Intellektuellen, die seit Jahren entsprechende Konzepte formuliert haben, die den USA aber jetzt erstmalig politikbestimmend wurden. In dem bereits erwähnten Artikel in der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ hat Ralf Dahrendorf unter dem Titel „Die Linke erregt immer noch Furcht, aber die Gefahr für die Freiheit kommt von rechts – Freie Welt in Gefahr?“ vor dieser neuen, sich verbreitenden intellektuellen Strömung gewarnt. Um die Zeitschrift „Commentary“, deren Herausgeber D. P. Moynihan – bekannt durch seine These vom „Sozialdemokratismus“ als „europäische Krankheit“ – seit Jahren rechte Intellektuelle um sich sammelt, wird ein „Komitee für die freie Welt“ gegründet. Unter dem bezeichnenden Titel „Im Interesse der Gesundheit“ („in the interest of sanity“) sammeln sich dort „Schriftsteller, Wissenschaftler, Lehrer, Verleger und andere“ weltweit, und zwar diejenigen, die von der „Einsicht“ ausgehen, „daß freie Gesellschaften zunehmend attackiert werden.“ Daher – so heißt es weiter – „... verbinden wir uns jetzt zu einer gemeinsamen Bemühung, alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um der Gefahr zu begegnen“⁶⁾. In seinem Notruf in der „Zeit“ weist Dahrendorf auf den 1945 eingerichteten, unter ähnlichen Zielen stehenden „Kongreß für kulturelle Freiheit“ hin, der nachweislich unter CIA-Einfluß stand. Hinter ihrer programmatischen Sorge um die „freie Welt“ steckt faktisch jedoch ein Etikettenschwindel. Innen- und außenpolitische Bedrohungen gehen von der Ideologie dieser „neuen Rechten“ aus, die den Reagan-Kurs prägt: Abbau von Sozialstaatlichkeit und Demokratie zugunsteneines staatsautoritär geschützten „Spiels der freien Kräfte am Markt“ ei-

6) Zit. nach R. Dahrendorf, vgl. a.a.O.

nerseits und Realisierung einer globalen Vormachtpolitik unter dem Vorwand, eine in Not geratene „freie Welt“ retten zu müssen, andererseits.

Die wirtschaftspolitische Rezeptur, die in Reagans Programm vollen Eingang gefunden hat, ist schon seit vielen Jahren, teilweise unter der Hülle einer schwer durchschaubaren Fachsprache, entwickelt worden. Bereits 1962 hat Milton Friedman, um den sich zwischenzeitlich eine expandierende Gruppe Gleichgesinnter schart, in seinem Buch „Capitalism and Freedom“ („Kapitalismus und Freiheit“), das zur Pflichtlektüre für fortschrittliche Köpfe werden sollte, sein Konzept der Kapitalismussanierung verkündet, das nur allzu deutlich dem Reaganschen Wirtschaftsprogramm Pate gestanden hat⁷⁾. In der politisch-kritischen Diskussion blieb dieses Buch leider zu lange unentdeckt. Die wirtschaftswissenschaftliche, aber auch wirtschaftspolitische Kontroverse konzentriert sich seit Ende der 60er Jahre auf den vor allem auch durch Milton Friedman ins Leben gerufenen „Monetarismus“. Lange blieb übersehen, daß sich die Botschaft von „Capitalism and Freedom“ im Formel- und Strategienwerk des „Monetarismus“ unverändert wiederfindet.

Wirtschaftspolitisch versteht sich dieser „Monetarismus“ als radikale „Gegenrevolution“ – so formuliert es Friedman immer wieder selbst – zur wirtschaftspolitischen Globalsteuerung, die aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise durch John Maynard Keynes entwickelt und von anderen Autoren ausgebaut wurde. Im Kern geht es in dieser Kontroverse um ein Urteil über die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft. Während die Monetaristen auf der Behauptung bestehen, privatwirtschaftliche Systeme tendierten zur optimalen Selbststabilisierung, gehen die Keynesianer davon aus, daß nur durch staatliche Eingriffe (Intervention) gesamtwirtschaftliche Stabilität gesichert werden kann. Für die Keynesianer gibt es keinen Münchhauseneffekt der Marktwirtschaft in dem Sinne, daß sie sich am eigenen Schopfe aus der Krise ziehen könnte. Dem Pessimismus gegenüber mangelnder Regulierungsfähigkeit der allein gelassenen, staatsfreien Marktwirtschaft steht hier ein Optimismus bezüglich der Möglichkeit des Staates, Stabilitätsprobleme kompensieren zu können, gegenüber. Die Monetaristen gehen von der prinzipiellen Stabilität des privaten Sektors aus. Krisen werden auf außermarktmäßige Einflüsse – etwa durch Staat und Gewerkschaften – zurückgeführt. Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung lassen sich nur garantieren, wenn das freie Spiel der Märkte, insbesondere das der Arbeitsmärkte, gewährleistet wird. Wenn die Geldversorgung an die mittelfristige Wachstumsentwicklung gekoppelt wird – so die Aussage der Monetaristen –, dann ist eine krisenfreie Entwicklung garantierbar. Die monetaristische „Gegenrevolution“ bereitet mithin eine Politik vor, die alles auf die Marktmechanismen setzt. Ihre Attacke gegen keynesianische Stabilisierungspolitik läßt sich schnell begründen: Zum einen trägt dieser Einstieg in staatliche Stabilisierungsintervention die Gefahr in sich, politische Eingriffe in die Wirtschaft auszubreiten und zu intensivieren.

7) M. Friedman, Capitalism and Freedom, Chicago 1962 (in dt.: Kapitalismus und Freiheit, München 1976).

Zum anderen verhindert staatliche Interventionspolitik, daß die Arbeitslosigkeit ein Instrument der Wirtschaftspolitik im Sinne der Schaffung von Druck auf Löhne und Erhöhung betrieblicher Disziplin (M. Kalecki) bleibt. „Monetaristen“ bestreiten rundweg, daß die Arbeitslosigkeit etwas mit dem marktwirtschaftlichen Koordinierungsgefüge zu tun habe. Ein Teil der Arbeitslosigkeit wird auf abstrakt-rationale Entscheidungen zurückgeführt („Sucharbeitslosigkeit“). Ein anderer Teil der Arbeitslosigkeit resultiere aus der politisch-gesellschaftlichen Entscheidung, nicht den Lohn zuzulassen, bei dem Vollbeschäftigung hergestellt werden könnte. Gewerkschaften würden – so das Konzept – über den Marktverhältnissen liegende „Mindestlöhne“ durchsetzen. Die daraus resultierende Arbeitslosigkeit würde durch sozialpolitische Maßnahmen abgefedert und durch Beschäftigungspolitik verdeckt. Damit sei eine in der Situation der Arbeitslosigkeit erforderliche Lohnratenreduktion nicht möglich. Wer also derartige „Mindestlohnarbeitslosigkeit“ beseitigen will, der muß den Einfluß der Gewerkschaften zurückdrängen und den Staat aus der beschäftigungspolitischen Verantwortung entlassen. Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos bei Zurückdrängung gewerkschaftlicher Politik – das sind die Inhalte einer monetaristischen Wirtschaftspolitik. Am Beispiel marktradikaler Beschäftigungspolitik offenbart sich der Grundzug der Friedmanschen Lehren, die über Adam Smith's „Wealth of Nations“ nicht hinausgekommen zu sein scheinen: Schaffung staatsfreier Marktbeziehungen. Der Grundgedanke der Friedman-Schule ist zwischenzeitlich auf viele gesellschaftlich-politische Bereiche übertragen worden. In seiner interessanten Veröffentlichung „Der Kapitalismus von morgen“ berichtet Henry Lepage über den fortgeschrittenen Prozeß der Übertragung marktrationaler Entscheidungsmodelle auf nahezu alle Lebensbereiche: Liebe, Bildung, Bürokratie, Diskriminierung, Ungleichheit, Gerechtigkeit, Geburtenkontrolle u.s.f. werden in das Kalkül ökonomischer Rationalität eingespannt⁸⁾.

So hat etwa Demsetz in seinem Artikel „Minorities in the Market Place“ ökonomisch zu erklären versucht, warum es, wenn es Diskriminierung von Schwarzen nun mal gibt, sinnlos ist, schützende Mindestlöhne aufrechtzuerhalten. Der weiße Unternehmer – so die Argumentation – stellt eben dann nur Schwarze ein, wenn ihm die Überwindung seiner rassistische Abneigung „entlohnt“ wird. Er verlangt eine monetäre Wohlfahrtskompensation („wealth compensation“). Das begründet die Rationalität rassistisch verursachter Lohndifferenzierungen. Wird diesen mit Mindestlohngarantien entgegengewirkt, kommt es zur Nichteinstellung⁹⁾. Durch den Wegfall von Mindestlöhnen kann, so die Argumentation, der Schwarze wenigstens Beschäftigung finden, aber den Preis seiner Diskriminierung muß er selbst bezahlen.

8) H. Lepage, *Der Kapitalismus von morgen*, Frankfurt/New York 1979.

Zur Kritik des Monetarismus:

H. Schui, *Ökonomische Stabilisierung durch Monetarismus? Ideologie und Technik eines Konzepts*; in: „Blätter“, 6/1975. – R. Hickel, *Die Lehre vom Geld – neu betrachtet*; in: K. Diehl/P. Mombert (Hrsg.), *Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie. Vom Gelde*, (neuediert), Frankfurt/Berlin/Wien 1979, S. LI ff.

9) H. Demsetz, *Minorities in the Market Place*; in: „The North Carolina Law Review“, Vol. 43 (2), 1965.

An diesem Beispiel zeigt sich besonders deutlich der sozial-ökonomische Inhalt jener orthodoxen Marktlehre, die Arbeitslosigkeit, Ungerechtigkeit und Diskriminierung nicht aufzuheben gedenkt, sondern instrumentalisiert und rationalisiert.

Diese Schule nennt sich zwischenzeitlich „neoliberal“. Mit Blick auf ihre ökonomischen Lehrsätze wird sie gelegentlich auch als „neoklassisch-monetaristisch“ bezeichnet. Vom sozialen Gehalt dieser Theorierichtung her ist angebracht, so auch Ralf Dahrendorf, von einer „aggressiven neuen Rechten“ zu sprechen, denn sie wendet sich nicht nur gegen kleinste Versuche demokratischer Veränderung sowie des Ausbaus des Wohlfahrtsstaates, sie tritt als ideologische Vorhut radikaler Eingriffe in die sozialen und, in der Folge, die politischen Rechte der großen Mehrheit der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf.

Im Kontext des Reaganschen Wahlkampfes hat Milton Friedman, zusammen mit seiner Frau, eine 10-teilige Fernsehserie produziert, die mittlerweile unter dem Titel „Free to Choose“ in Buchform vorliegt und lange Zeit auf dem ersten Platz amerikanischer Bestseller-Listen stand.

Zwischenzeitlich hat die im Import marktgläubiger Modelle äußerst aktive Isabell Mühlfnzl eine deutsche Version dieses Buches unter dem Titel „Chancen, die ich meine“ vorgelegt¹⁰⁾. Der neue, rechte Zeitgeist, der die Epoche der Reform- und Sozialideen ablösen soll, schlägt sich in diesem Pamphlet – bar jeglicher analytischer Beweisführung – deutlich nieder. An diesem Import amerikanischer Ideologienproduktion muß sich die Auseinandersetzung auch hierzulande ausrichten, denn angesichts des bewußten Verzichtes der Regierenden auf alternative, fortschrittsorientierte Strategien verfestigen sich die marktkonservierenden Lösungsvorschläge immer mehr.

Wer sich auf die Friedmansche Welt von „Kapitalismus und Freiheit“ einläßt, der darf nicht übersehen, daß die radikalste Realisierung seiner Vorschläge bisher unter der Militärjunta in Chile eingeleitet worden ist. Und das ist kein Zufall. Es hat etwas mit dem politischen Kern des Konzepts zu tun. Um dem Markt totale Freiheiten zu sichern, bedarf es einer autoritären Unterdrückung all der gegen die sozialen Konsequenzen gerichteten Widerstände. Die orthodoxe Strategie der Kapitalismusedurchsetzung, bzw. -Sanierung stellt entgegen ihrer scheinbaren, nur auf die Marktsphäre eingeschränkten Liberalität eine zutiefst autoritäre Variante gesellschaftlicher Entwicklung dar. Wohl unter dem starken Druck der Kritik an seiner Beratertätigkeit für Chile hat Milton Friedman in einem Beitrag in „Encounter“¹¹⁾ 1976 den diktatorischen Charakter der chilenischen Militärjunta eingeräumt, zugleich allerdings ungerührt prognostiziert, das z.B. Großbritannien binnen weniger Jahre den gleichen Weg nehmen werde wie Chile. Ursächlich führt Friedman die chilenische Entwicklung auf den langangelegten Versuch der Etablierung eines wohlfahrtsstaatlichen Systems zurück. Die Kausalität lautet demnach: Wer

10) M./R. Friedman, Chancen, die ich meine; Ein persönliches Bekenntnis, Berlin/Frankfurt/Wien 1980.

11) M. Friedman, The Line We Dare Not Cross; in: „Encounter“, November 1976, S. 8 ff.

den Wohlfahrtsstaat durchsetzt, der bereitet die Etablierung politischer Diktatur vor. Das ist der letzte Schlag, der gegen alle Versuche geführt wird, kapitalistische Entwicklung zu überwinden. Die Geschichte Chiles erzählt aber gerade einen anderen Zusammenhang:

Die militärische Konterrevolution gegenüber der Allende-Regierung richtete sich auf die Reetablierung kapitalistischer Strukturen, die durch den Aufbau sozialistischer Gesellschaftsverhältnisse überwunden werden sollten. Man muß deshalb den Friedmanschen Hinweis anders interpretieren. Je mehr dem Markt durch demokratische Politik abgerungen wird, um so repressiver wird der Prozeß der Rückgewinnung des Marktes. Dies ist die konservative Variante der Rückgewinnung gesellschaftlicher Strukturen, die auf eine völlig neue Basis gestellt werden sollten. Wer sich also auf die ökonomische Botschaft der Friedmanschen „Chicago-Boys“ einläßt, der akzeptiert auch die Zunahme politisch-autoritärer, repressiver Führung. Im Monetarismus, in der ausgeweiteten Strategie von „Kapitalismus und Freiheit“ liegen die Gefahren begründet, die jetzt durch Reagans Programm für den ganzen Westen akut geworden sind: Steigerung innerer und äußerer Spannungen mit zunehmender Orientierung an gewaltsamen Lösungs- und repressiven Ordnungsvorstellungen.

Welchen Weg geht die Bundesrepublik?

Der Reagan-Kurs stellt eine radikale Herausforderung dar, der sich auch die Bundesrepublik stellen muß. Für die fundamentalen Entscheidungen ist die Devise, die Reagan in der das Wirtschaftsprogramm ankündigenden Fernsehrede immer wieder betonte, auch in diesem Land gesetzt: Es gibt kein „Sowohl-Als-Auch“, sondern nur ein „Entweder-Oder“. Diese Entscheidung gilt für die außenpolitisch-militärische, aber auch wirtschafts- und sozialpolitische Option. Will die Bundesrepublik nicht dazu beitragen, die von Reagans Amerika ausgehenden Gefahr steigender Spannungen zu erhöhen, dann muß sie einen eigenständigen Weg gehen. Anders herum: Wird dem Konzept nach innen und außen aggressiver Politik im Sinne einer Nibelungentreue gefolgt, dann trägt die Bundesrepublik zur Verschärfung binnen- und außenwirtschaftlicher Destabilisierung bei. Die größte Gefahr erwächst der bundesrepublikanischen Entwicklung, wenn sie den USA die verlangte Gefolgschaft in Sachen Aufrüstungspolitik leistet. Wir würden zum Vorfeld atomarer Kriegsführung für die USA. Die Bundesrepublik hat aufgrund ihrer geographischen Lage, aber auch ihrer historischen Situation eine Schrittmacherrolle in der Durchsetzung einer Politik der Entspannung übernommen. Diese Entspannungspolitik hat die politischen, aber durch den Ost-West-Handel auch die sozial-ökonomischen Lebensbedingungen sicherer gemacht. Dieser immer mehr bedrohte Prozeß der Entspannung stellt für die aggressive Strategie messerscharfer Abgrenzung der Blöcke durch die USA eine Irritation erster Ordnung dar.

Reagan hat prinzipiell Recht – es gibt nur die Entscheidung eines „Entweder-Oder“. Militärisch und außenpolitisch muß die Bundesrepublik dem ame-

rikanischen Aufrüstungswahn – als neueste Version des „Größenwahns“ – die Gefolgschaft verweigern.

Aber auch der Marktökonomismus im Reagan-Programm stellt eine Herausforderung für die bundesrepublikanische Entwicklung dar. Angesichts anhaltender und sich vertiefender Krisenprobleme geht es hier um eine klare, wirtschaftspolitische Entscheidung: entweder forcierter Abbau sozialstaatlicher und demokratischer Elemente oder aber Auf- und Ausbau sozialadäquater Wirtschaftsdemokratie, die das Wirtschaftssystem in den Dienst von vernünftiger Versorgung und Vollbeschäftigung stellt. Eine Politik sich durchwurstelnder Anpassung, wie sie für die sozial-liberale Koalition momentan kennzeichnend ist, verschärft nicht nur die wirtschaftlichen Entwicklungsprobleme. Darüberhinaus trägt sie aufgrund der Diskrepanz zwischen Programmatik und Realität dazu bei, die Flucht in radikale Marktlehren zu verstärken. Denn die marktökonomische Aufrüstung verlangt keine institutionellen Änderungen, während eine wirksame, alternative Wirtschaftspolitik eine Stärkung und institutionelle Absicherung demokratisch kontrollierter Intervention herausfordert. Die sozial-liberale Regierungskoalition hat ihren Handlungsspielraum durch Verzicht auf eine bedarfsorientierte und beschäftigungssichernde Wirtschaftspolitik verengt. Trotz verstärkter sozialliberaler Anpassungspolitik läßt sich gegenwärtig feststellen, daß es aufgrund politischer Kräfteverhältnisse und gewerkschaftlicher Einflußnahme bisher nicht gelungen ist, die stramm-orthodoxe monetaristische Doktrin wirtschaftspolitisch voll umzusetzen. Zwar hat sich die Deutsche Bundesbank bereits 1973 an die monetaristische Geldlehre instrumentell angepaßt, aber von einer forciert-programmatischen Übernahme des Reaganschen Wirtschaftsprogramm in der BRD kann bisher nicht die Rede sein.

Allerdings hängt auch der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ spätestens seit 1975 der monetaristischen Ideologie an. Im letzten Jahresgutachten steht – ähnlich wie im Reagan-Programm – ein angebotsorientiertes Konzept im Vordergrund: Verbesserung der privatwirtschaftlichen Gewinnsituation soll Wachstums- und Beschäftigungsimpulse auslösen. Es ist hier nicht der Platz, die empirischen und theoretischen Grundlagen dieses Konzeptes zu kritisieren¹²⁾. Sozial- und gesellschaftspolitisch bedeutsam ist nur die Tatsache, daß der Lohnpolitik eine Schlüsselrolle für die Stabilisierung der Wirtschaft zugewiesen wird, während die Staatshaushalte sozial- und beschäftigungspolitisch ausgetrocknet werden sollen. Diese Antikrisenpolitik überwindet nicht, sondern verschärft die ökonomischen und sozialen Entwicklungsprobleme. Der Stimulierung privater Investitionstätigkeit durch Verbesserung der Gewinnlage steht die Reduktion konsumtiver Nachfrage über Kürzung bzw. Streichung von Beschäftigungs- und Sozialprogrammen sowie Lohndisziplinierung gegenüber. „Selbst wenn über die staatlich finanzierte Verbesserung der aktuellen Gewinnlage ein sich selbsttragender Investitionsboom zustandekommen sollte,

12) Zur Kritik vgl. Sondermemorandum: Beschäftigungspolitik statt Sparprogramme; in: „Blätter“, 12/1980.

so stößt dieser über kurz oder lang an die Schranken zurückgebliebener konsumtiver Nachfrage – vor allem dann, wenn realistischerweise angenommen wird, daß der amerikanische Warenexport im entsprechenden Verhältnis zu den neu geschaffenen Kapazitäten nicht ausgedehnt werden kann“. Die massive Expansion des Rüstungssektors im Verhältnis zur gesamten Produktionsstruktur fördert eine überproportional entwickelte Militärindustrie, die dann nur durch ein fortgesetztes Drehen an der Rüstungsschraube ausgelastet werden kann. Diese Politik ist auch sozial unakzeptabel, weil sie die Krisenlasten den Lohn-, Gehalts- und Sozialabhängigen zuweist.

Diese wenigen Hinweise, die durch einschlägige Dokumente aus den Akademien, der Wirtschaftspresse, aber auch insbesondere der CDU/CSU ergänzt werden könnten, zeigen die Virulenz neoklassisch-monetaristischen Gedankenguts à la Friedman. Es gibt vielfältige Versuche, die These, das der „Wohlfahrtsstaat“ an allen Krisenentwicklungen letztendlich die Schuld haben soll, in die wirtschaftspolitische Strategienbildung einzubringen. Die Bundesregierung selbst sucht mit ihrem „Jahreswirtschaftsbericht 1981“ immer mehr das Heil in der Einführung marktradikaler Elemente (etwa für den Wohnungsbau). Das größte Investitionshemmnis wird in den Protest- und Widerstandsbewegungen gegen umwelt- und menscheitsbedrohende Objekte – wie Atomkraftwerke – gesehen.

Der politische Kerngehalt der monetaristisch-neoklassischen Lehre schimmert immer mehr durch: Ausbau des Polizei- und Sicherheitsstaats, um das „freie Spiel“ der Kapitalstrategien gegen die Widerstände davon negativ Betroffener zu garantieren. Die Resultate des mit staatlicher Vor- und Nachsorge durchgesetzten Wirtschaftssystems, das wird in den letzten Jahren immer deutlicher, entfremden sich gegenüber den breiten Bevölkerungsschichten, denen sie eigentlich dienen sollen. Die bundesrepublikanische Realität offenbart immer deutlicher, was der Begriff „Freiheit“ in der Konjunktion mit „Kapitalismus“ heißt. Die wachsende Dominanz des Ordnungsstaates wird von einem zwischenzeitlich proklamierten „Abschied“ von der Vollbeschäftigungspolitik – so der Bundesfinanzminister, Hans Matthöfer in der Rede zur Einbringung des Haushaltsplans 1981¹³⁾ – begleitet. Zwar weist der Bundesfinanzminister darauf hin, daß der Zustand der Arbeitslosigkeit kein Instrument der Wirtschaftspolitik sein darf. Aber diese wichtige Proklamation wird angesichts andauernder Arbeitslosigkeit durch die Realität immer mehr unterpült.

Noch gibt es einen Unterschied zum Reagan-Kurs. Eine forcierte „wirtschaftliche Aufrüstung“ nach den Prinzipien der neuen Marktorthodoxie existiert nicht. Das ist letztlich auch der Wählerauftrag, der sich gegen das Wirtschaftsprogramm der CSU/CDU gewandt hat. Aber die Bundesrepublik steht in der Gefahr, das Opfer eines *schleichenden Monetarismus*, der sich immer mehr im Bewußtsein festsetzt, zu werden. Wirtschaftspolitische Unentschlos-

13) H. Matthöfer, Einbringungsrede des Bundesministers der Finanzen – Haushaltsgesetz 1981 vor dem Deutschen Bundestag; in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung; Nr. 6/1981. S. 45 ff.

senheit und Halbherzigkeit beschleunigt diesen Prozeß. Wenn heute – wie es etwa der „Sachverständigenrat“ mit seiner Mehrheit gesagt hat – behauptet wird, die Konjunktur- und Beschäftigungspolitik habe seit 1975 „eine Schlappe“ erlitten, so ist das einmal nur zum Teil richtig, denn niemand kann sagen, ob ohne diese Politik der Einbruch nicht tiefer gewesen wäre.

Zum anderen haben aber diejenigen, die jetzt die mangelnde Effizienz reklamieren, selbst zu dieser beigetragen. Gerade aus dieser Erfahrung gibt es mittelfristig nur eine Alternative ökonomisch effizienter und sozialorientierter Krisenbekämpfung: massive, mittelfristig ausgerichtete, Produktionsfelder berücksichtigende und stärker kontrollierte staatliche Beschäftigungspolitik. Nur so können die volkswirtschaftlichen Ressourcen mobilisiert werden, die momentan deshalb nicht nutzbar sind, weil die Transformation von Einkommen – insbesondere der Gewinneinkommen – in gesamtwirtschaftliche Nachfrage immer weniger gelingt. Die Konsequenz, die angesichts der Krisensituation zu ziehen ist, kann nicht im Rückgriff auf die Lehren der Marktorthodoxie liegen.

Durch die Restriktionen aktueller Wirtschaftspolitik hindurch müssen die politischen Steuerrungsmechanismen durch breite Demokratisierung der Wirtschaftsverhältnisse ausgebaut werden. Nur so kann eine Politik der Krisenverschärfung mit all ihren psychischen und politischen Folgen vermieden werden.

Denn auf einen Zusammenhang, der für den Reagan-Kurs charakteristisch ist, muß auch an dieser Stelle hingewiesen werden: Wirtschaftspolitik gerät in der Bundesrepublik immer mehr unter den Primat von Militär- und Außenpolitik. Die aktuelle Diskussion über das Verbot von Waffenlieferungen in Spannungsgebiete – die Kontroverse über U-Boote-Lieferungen nach Chile und Waffenexporte nach Saudi-Arabien zeigt dies – stellt dafür ein erschreckendes Beispiel dar. Im Namen einer krisenverschärfenden Wirtschaftspolitik wird Rüstungsexportpolitik gerechtfertigt. Wie die Rüstungspolitik aber insgesamt die Wirtschafts- und Finanzpolitik determiniert, das zeigt sich an der Entwicklung des Bundeshaushaltes. Der Umschichtung der öffentlichen Haushalte durch Kürzungen in Bereichen sozial relevanter öffentlicher Versorgung sowie durch Nichtausbau zukunftsorientierter Infrastruktur (Umwelt-, Meerestechnologie, Energieversorgung und -Einsparung sowie Verkehrssysteme und Stadtsanierung) steht die ungestörte Expansion militärischer Ausgaben gegenüber:

- Beschaffung der 2. Waffengeneration (voraussichtliche Kosten über 100 Mrd. DM)
- Militärhilfe etwa für die Türkei
- Nachfinanzierung für den MRCA-Tornado (Stückpreis momentan 70 Mio. DM).

Im Vorfeld der dreitägigen Rüstungsklausurtagung im Bonner Verteidigungsministerium, die am Aschermittwoch begann, kündigte der Verteidi-

gungsminister bereits an, daß finanzielle Engpässe bei Militärausgaben vorsorglich durch Steuererhöhungen überwunden werden müßten. Der vielbeschworene mangelnde „Handlungsspielraum“ für Vollbeschäftigungspolitik wird nur durch die gigantische Militarisierung verspielt – durch nichts anderes. In mehrfacher Hinsicht resultieren aus der inneren und äußeren Militarisierung der Wirtschaftspolitik große Gefahren:

- Soziale, zukunftsorientierte Versorgungs- und Infrastrukturpolitik wird abgebaut. Daraus ergeben sich soziale Verluste und wachsende Instabilitäten.
- Die Politik der Umrüstung auf Waffenproduktion erhöht binnenpolitisch die Spannungen. Sie ist begleitet von einer zunehmenden „Law-and-order“-Politik.
- Im Namen der Blockpolitik werden autoritär-repressive Militärjungen gestärkt.
- Insgesamt erhöht sich das militärische Drohpotential und damit die Gefahr kriegigerischer Auseinandersetzungen.

Politisch und wirtschaftlich untergräbt die unter amerikanische Anforderungen gestellte Militarisierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik in der Bundesrepublik die Lebensbedingungen, die im totalen Gegensatz dazu durch eine Politik der Eigenständigkeit im Sinne des Ausbaus demokratisierter Wirtschaft sowie der Fortsetzung von Entspannung gesichert und fortentwickelt werden müssen. Aus diesem Grundverständnis zeigt sich dann auch klar: Die Reagan-Politik bietet weder wirtschafts- noch außen- und militärpolitisch eine zukunftsweisende Orientierung. Die prinzipielle Verweigerung der Gefolgschaft beim amerikanischen „Feldzug für wirtschaftliche und militärische Aufrüstung“, der sofortige Abbruch einer durch den Außenminister dieses Landes verfolgten Politik des musterknabenhaften Einschwenkens auf den transatlantischen Konfrontationskurs und somit die Verhinderung der Demontage einer eigenständigen Politik, die dem Abbau der bundesdeutschen sozialen und politischen Basis entgegenwirkt – das sind die Fixpunkte einer zukunftsorientierten Strategie gegenüber der national wie international gefährlichen, unannehmbaren Politik der Reagan-Administration.